

Bahn-Neubaustrecke: Der neue Beauftragte der Bundesregierung für Schienenverkehr, Michael Theurer (FDP), diskutierte in Lorsch mit Bürgermeistern und Vertretern von Initiativen

Kommunen bekräftigen Tunnel-Forderungen



ZU EINEM INFORMATIONSAUSTAUSCH RUND UM DIE BAHN-NEUBAUSTRECKE FRANKFURT-MANNHEIM KAMEN IN LORSCH (V.L.) STAATSEKRETÄR MICHAEL THEURER, BÜRGERMEISTER CHRISTIAN SCHÖNUNG (LORSCH), BÜRGERMEISTER HELMUT GLANZNER (EINHAUSEN), BUNDESTAGSABGEORDNETER TILL MANS-MANN (FDP) UND BÜRGERMEISTER GOTTFRIED STÖRMER (LAMPERTHEIM) ZUSAMMEN. BILD: ZELINGER

Von Jeanette Spielmann

Lorsch. Mit der Übernahme der Regierungsverantwortung in Berlin hat sich die FDP nach eigener Aussage auch zum Ziel gesetzt, Entscheidungs- und Verfahrenswege zu beschleunigen. Vor diesem Hintergrund zeigte sich der Bergsträßer FDP-Bundestagsabgeordnete Till Mansmann am Samstag sehr zufrieden, den neuen Beauftragten der Bundesregierung für Schienenverkehr, Michael Theurer (FDP), in Lorsch begrüßen zu können.

Mansmann hatte den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Digitales und Verkehr nach Lorsch eingeladen, damit sich dieser mit den Beteiligten vor Ort ein Bild machen kann von dem seit über zwei Jahrzehnten diskutierten Thema der von der Bahn geplanten Neubaustrecke Frankfurt–Mannheim. Entlang des Streckenverlaufs sind im Kreis Bergstraße unter anderem die Kommunen Einhausen, Lorsch und Lampertheim direkt betroffen, die mit ihren Bürgermeistern Helmut Glanzner, Christian Schönung und Gottfried Störmer ebenso zum Treffen eingeladen waren, wie die Vertreter des Umweltverbandes Mensch vor Verkehr und der Bürgerinitiative Lampertheim – Lebensraum vor ICE-Trasse.

Dass es sich bei diesem Bahnprojekt um „keine triviale“ Angelegenheit handelt, wie Theurer bemerkte, zeigte sich auch in dem auf zwei Stunden anberaumten Gesprächstermin, der durchaus noch längere Zeit hätte in Anspruch nehmen können. Erfreulich war für den Parlamentarischen Staatssekretär zu hören, dass sich niemand grundsätzlich gegen die Notwendigkeit dieser Infrastrukturmaßnahme stellt. Dennoch gehe es allen Beteiligten aber auch darum, Mensch und Natur zu schützen, so der Bundestagsabgeordnete Mansmann. Deutlich machte das auch der Vorstandssprecher von Mensch vor Verkehr, Reimund Strauch: „Wir wollen keine radikalen Umweltschützer auf Bäumen oder an Brücken.“

Dem Schutz von Mensch und Natur ist daher auch die Bergsträßer Forderung nach einem durchgängigen Tunnel im bergmännischen Verfahren geschuldet. Zwar sind laut der aktuellen Planung ab Lorsch zum Teil unterirdische Lösungen (Tunnel in offener Bauweise und abgesenkte Tröge) vorgesehen, doch bei dieser Bauweise muss die betroffene Fläche – insbesondere der Wald zwischen Lorsch und Lampertheim – komplett abgetragen werden.

Ist die geplante Neigung zu steil?

Als weiteren Problempunkt sprachen die Bürgerinitiativen die Neigung der vor Lorsch geplanten Tunneleinfahrt an. Mit neun Promille sei diese zu steil. Den vorliegenden Informationen zufolge müssten dann schwere Güterzüge auf die Bestandsstrecke ausweichen, was der geplanten Entlastung in den Nachtstunden widerspreche.

Bürgermeister Gottfried Störmer aus Lampertheim sicherte die grundsätzliche Unterstützung des Projektes zu, wies aber auch auf die Notwendigkeit eines bergmännischen Tunnels zum Schutz des Waldes hin. Einhausens Bürgermeister Helmut Glanzner machte deutlich, dass es sich bei den Vorschlägen nicht um Wünsche, sondern hinsichtlich der Lärmbelastung und des Flächenverbrauchs um berechnete Forderungen handele. Interessant wäre für ihn auch mal ein Kostenvergleich mit den Planungen vor 24 Jahren.

Lorschs Bürgermeister Christian Schöning zeigt sich dankbar, dass mit Theurer „ein kompetenter Ansprechpartner“ zur Verfügung stehe. Auch er sprach sich für einen Tunnel schon vor der Bebauung von Einhausen aus und meinte angesichts des Lückenschlusses im deutschen und europäischen Schienenverkehrsnetz, dass es „nicht 80 Millionen Gewinner auf der einen und 50 000 Verlierer auf der anderen Seite“ geben könne. Für die Bürgerinitiative Lampertheim war die Feststellung wichtig, dass die bereits geleisteten Zusagen auch künftig Bestand haben.

Der Bundespolitiker zeigte sich „dankbar“ für die Erklärung der Bürgerinitiativen bezüglich der Notwendigkeit der Maßnahme und wies nochmals auf die positiven Auswirkungen der Neubaustrecke hin. Er sei sich durchaus bewusst, dass die Anwohner aufgrund der geographischen und verkehrlichen Verhältnisse schon hoher Lärmbelastung ausgesetzt seien. Mit den zusätzlich geschaffenen Trassenkapazitäten der Neubaustrecke könnte der nächtliche Lärmschutz verbessert werden. Zudem sei eine hochwertige Infrastruktur die Voraussetzung für ein weiteres Wachstum des Verkehrsträgers Schiene und für die Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung.

Bericht für Bundestag

Die Neubaustrecke der Bahn soll so nah wie möglich neben der auf sechs Spuren ausgebauten Autobahn A 67 verlaufen. Wegen dieser zahlreichen Abhängigkeiten zwischen Bahnstrecke und Autobahn erfolgen beide Planungen im Abschnitt zwischen Gernsheim und Einhausen gemeinsam.

Wie vom Parlamentarischen Staatssekretär zu erfahren war, wird mit dem Einreichen der Unterlagen für das Planfeststellungsverfahren im kommenden Jahr gerechnet. Derzeit werde der Bericht für den Deutschen Bundestag zur Vorzugstrasse der Deutschen Bahn vorbereitet.